



Rainer Arnold

Mitglied des Bundestages
Verteidigungspolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

PRESSEMITTEILUNG

29.06.12

Bundestag beschließt Fiskalpakt und dauerhaften Euro-Rettungsschirm

**Arnold: SPD setzt mehr Mitsprache des
Bundestages durch**

NÜRTINGEN. Am Freitag stimmt der Bundestag über den Fiskalpakt und den permanenten Euro-Rettungsschirm ESM ab.

Nach intensiven Debatten in der SPD-Bundestagsfraktion hat sich der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) entschlossen zuzustimmen.

Mit dem Fiskalpakt verpflichten sich 25 Länder der EU zu strengen Obergrenzen für Staatsschulden. Der ESM soll künftig bei finanziellen Notlagen von Staaten und Banken Kredite vergeben können.

Für Rainer Arnold war die Entscheidung aus verschiedenen Gründen nicht leicht. „Da ist einerseits die Einsicht, dass diese Maßnahmen notwendig sind, um ein Auseinanderbrechen des Euro zu verhindern“,



Rainer Arnold MdB

so Arnold. Das wäre aber für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft desaströs. „Besonders getroffen würden hiervon Staat, Sparer, Industrie, Mittelstand und deren Arbeitnehmer,“ so Arnold, „weshalb wir grundsätzlich für den dauerhaften Rettungsschirm sind.“ Dass der Weg zur Zustimmung dennoch kein leichter war, sieht Arnold in der Politik der Bundesregierung begründet. Die SPD als größte Oppositionspartei sei wochenlang über Einzelheiten des Fiskalpakts und ESM kaum informiert worden. Wichtige Fragen, etwa die nach der Beteiligung des Bundestages an den Entscheidungen des Rettungsschirms, seien somit offen geblieben. „Unter solchen Vorzeichen war ein „Ja“ zum ESM nicht möglich; denn wenn der Bundestag bei den Bundeshalt betreffenden Fragen nicht mehr mitreden kann, ist sein wichtigstes Recht, das Haushaltsrecht, akut bedroht“, so der SPD-Mann.

In den teils dramatischen Verhandlungen der letzten Wochen zwischen Regierung und Opposition konnte die SPD jedoch eine bessere Beteiligung des Bundestages durchsetzen. So muss sich der deutsche Vertreter beim ESM, d.h. der deutsche Finanzminister, die Zustimmung des Parlaments holen, bevor er grünes Licht für neue Finanzhilfen an ein klammes Euro-Land geben kann.



Rainer Arnold MdB

Die Zustimmung zu ESM und Fiskalpakt wurde zudem dadurch ermöglicht, dass sich die Bundesregierung zu Impulsen für Wachstum und Beschäftigung bekennt. Diese wurden auch beim Euro-Gipfel am Donnerstag beschlossen. Dazu gehört zum Beispiel ein Sofortprogramm gegen die teils dramatisch hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Euro-Ländern. Die strenge Sparpolitik, wie sie bisher von der Bundesregierung vertreten wurde, sieht Arnold damit gescheitert. „Natürlich müssen die Krisenstaaten ihre Hausaufgaben machen, denn auch wir können nicht unbegrenzt Mittel bereitstellen,“ so Arnold, aber nur rabiate Sparpolitik bringe die klammen Staaten nicht wieder auf die Füße.

Eine weitere Voraussetzung für die Zustimmung der SPD war zudem die Einigung von Bund und Ländern. „Uns war wichtig, dass die Haushaltsautonomie der Länder durch den Fiskalpakt nicht eingeschränkt wird,“ so Arnold, „und das haben wir erreicht.“ Zudem bekommen die Länder 580 Mio. Euro für den Kita-Ausbau. Und schließlich konnte sich die SPD mit einem ihrer wichtigsten Anliegen durchsetzen: Die Bundesregierung wird sich für eine Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte, die sogenannte



Rainer Arnold MdB

Finanztransaktionssteuer einsetzen. „Das war vielleicht der härteste Brocken, da sich besonders die FDP mit Händen und Füßen gewehrt hat,“ so Arnold. Aber jetzt seien die Weichen dafür gestellt, dass auch die Verursacher der Krise an den Kosten beteiligt werden. Nach diesen Ergebnissen ist für Arnold eine Zustimmung vertretbar. ESM und Fiskalpakt seien allerdings nicht die Lösung der Krise, „sondern lediglich von allen Möglichkeiten die Vertretbarste“, so Arnold. Die Eurokrise werde das Parlament in den kommenden Monaten noch häufig beschäftigen – das nächste Mal schon bei den Sondersitzungen des Bundestages, wenn die Entscheidung für Hilfen an Spanien und Zypern ansteht.

Kritik übt Arnold an der Bundesregierung: „Die Kanzlerin muss den Leuten endlich reinen Wein einschenken“. Sie gebe in ihren Sonntagsreden stets das Bollwerk gegen eine Vergemeinschaftung von Schulden, trage dann aber Beschlüsse des Euro-Gipfels mit, die faktisch eine Haftungsunion in der Euro-Zone begründen. „Wir jedenfalls haben uns in den letzten beiden Jahren Vorschlägen zur Lösung der Krise nicht verweigert und werden das auch weiterhin nicht tun“, so Arnold, schränkt aber ein: „Blankoschecks wird es auch bei schwierigen Entscheidungen weiterhin nicht geben.“